

Aktuelles aus dem Parlament

Nr. 11/2009

12. Dezember 2009

Die letzte Plenarsitzung des Nationalrats im Jahr 2009 war einer Vielzahl von Themen gewidmet. Schwerpunkte waren Soziales, Justiz und Finanzen. Hier ein kurzer Überblick.

Erhöhung von Pendlerpauschale und amtlichem Kilometergeld gilt auch 2010

Die im Juli 2008 vorgenommene Erhöhung von Pendlerpauschale und amtlichem Kilometergeld wird für das Jahr 2010 verlängert. Ursprünglich war die Erhöhung bis Jahresende 2009 befristet. Die Pendlerpauschale, deren Ausmaß von der Entfernung zum Arbeitsplatz abhängt, bleibt demnach um 15 % erhöht. 800.000 Pendlerinnen und Pendler werden damit entlastet. Die Ersparnis durch die Pauschale kann - je nach Einkommen und Pendeldistanz - bis zu 300 oder 400 Euro pro Jahr betragen. Das amtliche Kilometergeld beträgt weiterhin 42 Cent, bis Juli 2008 lag es bei 38 Cent.

Pensionserhöhung 2009

Der Nationalrat hat der Pensionserhöhung 2009 zugestimmt, konkret jenem Teil, der über die gesetzlich vorgesehene Inflationsabgeltung von 1,5 Prozent hinausgeht. Beträgt das gesamte Pensionseinkommen einer Person bis zu 1.200 Euro, beläuft sich die Einmalzahlung auf 4,2 Prozent des Gesamtpensionseinkommens. Danach schrumpft dieser Betrag bis auf 0 Prozent.

Bankenpaket wird verlängert

Das Bankenpaket, das die Einlagen der Sparer sichert und die Geldwirtschaft stabilisiert, wird um ein Jahr bis Ende 2010 verlängert. Finanzinstitute, die früher damit beginnen wollen, das über Partizipationskapital eingeschossene Geld vom Staat zu tilgen, können dies bereits ab 2010 angehen.

Eingetragene Partnerschaft - ein noch akzeptabler Kompromiss

Ein für mich akzeptabler Mittelweg ist das neue Gesetz über die eingetragene Partnerschaft von Gleichgeschlechtlichen. Diese Partnerschaft ist weder eine Ehe noch eine "Ehe light", sondern ein gesellschaftlicher Kompromiss, der gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung trägt. Am Grundsatz, dass eine gleichgeschlechtliche Beziehung nie einer heterosexuellen Beziehung gleichgesetzt werden kann, ändert dieses Gesetz nichts. Es regelt Dinge wie etwa gegenseitige Beistandspflichten, die sozialrechtliche Absicherung oder die Zeugenaussagen vor Gericht. Hingegen bleibt etwa das Recht auf Adoption auch weiterhin der Ehe zwischen Mann und Frau vorbehalten. Die Eintragung der Partnerschaft findet nicht auf dem Standesamt, sondern bei der Bezirkshauptmannschaft statt.

Kinderbeistand in Gerichtsverfahren hat sich bewährt

Als gute Sache hat sich bei Gericht die Möglichkeit des Kinderbeistands erwiesen. Bisher wurde er nur als Pilotprojekt erprobt, künftig auch gesetzlich geregelt. Ein Kinderbeistand wirkt als Sprachrohr von minderjährigen Kindern und trägt dazu bei, die Belastung in Obsorge- und Besuchsstreitigkeiten zu vermindern. Für die Kosten müssen die Eltern aufkommen. Als Kinderbeistand tätig sind Fachkräfte in einem psychosozialen Beruf sowie mit rechtlichen Spezialkenntnissen.

Bessere Information für Gewaltopfer

Eine Novelle des Strafgesetzbuchs stärkt Opfer von Gewalt- und Sexualdelikten. Künftig wird ihnen vorab mitgeteilt, wenn die Entlassung jenes Täters geplant ist, dessen Opfer sie geworden sind. In den Gefängnissen sind überdies künftig Lebensmittelpakete verboten, weil in ihnen häufig Drogen versteckt wurden bzw. werden.

Opposition verhindert Gesetze zu Kinderrechten und Datenschutz

An der Justament-Politik der Oppositionsparteien leider gescheitert ist der Beschluss von zwei wichtigen Gesetzen, die eine Zwei-Drittel-Mehrheit erfordert hätte. Weder die Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung noch das neue Datenschutz-Gesetz waren möglich. Die Opposition hatte auf völlig ungerechtfertigte Weise diese Gesetze mit ihren Sonderwünschen für den Spitzel-Untersuchungsausschuss verquickt. Der Ausschuss selbst hat seine Arbeit beendet, der Vorsitzende Martin Bartenstein hat dem Plenum einen entsprechenden Endbericht vorgelegt.

Neue Bezugsquellen für Erdgas

Gerade in der Energieversorgung ist das Risiko der Fremdadhängigkeit sehr hoch. Die Versorgung mit Erdgas, die derzeit überwiegend durch Russland gewährleistet wird, soll durch die Pipeline "Nabucco" ab Ende 2014 auf ein zweites Standbein gestellt werden. Ein nun beschlossenes Gesetz bietet dafür die Rechtsgrundlage. Die Pipeline führt vom Kaspischen Meer über den Südkaukasus und die Türkei bis zum Verteilerknoten Baumgarten im Weinviertel. Die Investitionssumme von 7,9 Mrd. Euro soll von einem Bankenkonsortium aufgebracht werden.

Erleichterte internationale Amtshilfe in Steuer-Verdachtsfällen

Mit 15 verschiedenen Staaten (Belgien, Luxemburg, Schweiz, Monaco ...) schließt Österreich neue Abkommen über Doppelbesteuerung und Informationsaustausch in Steuerfragen ab. In begründeten Verdachtsfällen soll damit die internationale Amtshilfe erleichtert werden.

Tierschutz wird verbessert

Gemeinsam haben alle Fraktionen einen Antrag beschlossen, die Dauer von Tiertransporten in der Regel auf maximal acht Stunden zu beschränken. Weiters soll die Zahl der Tierversuche weiter reduziert werden. In der Novelle zum Tierschutzgesetz wird außerdem ein Handelsverbot für Katzen- und Hundefelle und für Robbenerzeugnisse verankert sowie ein Einfuhrverbot von Wildtier-Pelzen aus Ländern, die Tellereisen-Fallen zulassen.

Klare Regelungen für Öffentlichkeitsarbeit der Regierung

Um den Empfehlungen des Rechnungshofes zu folgen, hat der Nationalrat strengere Regelungen für die Regierungswerbung beschlossen. Die Öffentlichkeitsarbeit der Ministerien muss unmittelbar auf die Tätigkeit der Regierung zu beziehen sein. Der Sachinhalt muss eindeutig hinter die werbende Form zurücktreten. Regierung bzw. Ministerien sollen deutlich als solche in Erscheinung treten.

Schulschikurse sollen wieder attraktiver werden

In einer Vier-Parteien-Entscheidung fordern wir Maßnahmen zur Attraktivierung von Schulschikursen bzw. Wintersportwochen. Ziel ist, dass jeder Schüler zumindest einmal während des Pflichtschulalters an einem Schulschikurs teilnimmt.

Strengere Sanktionen für Doping-Sünder

Für erappte Dopingsportler und ihre Betreuer werden weitere Sanktionen eingeführt. Sie werden von der Bundessportförderung ausgeschlossen und müssen früher erhaltene Fördermittel zurückzahlen. Ärzte, Apotheker oder Inhaber von Fitnessstudios müssen mit beruflichen Sanktionen rechnen, wenn sie an Dopingvergehen mitgewirkt haben.

Auf diesem Wege möchte ich Ihnen/Euch für Weihnachten und für 2010 die besten Wünsche sowohl für die politische Arbeit als auch für Ihr/Euer persönliches Wohlergehen übermitteln.

Herzlichst

Franz Glaser

Abgeordneter zum Nationalrat